

# I. Anmeldung

TOP: \_\_\_\_\_

## Ältestenrat und Finanzausschuss

Sitzungsdatum 26.07.2017

öffentlich

**Betreff:**

**Einführung des §2b Umsatzsteuergesetz: Änderungen und Maßnahmen**

**Anlagen:**

Antrag der Rathausgruppe FREIE WÄHLER; Bericht des Kassen- und Steueramt zur Rechtslage und Umsetzung der Neuerungen; Gesetzestexte §2b UStG;

**Bisherige Beratungsfolge:**

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Sachverhalt (kurz):**

Unter Hinweis auf den Antrag der Rathausgruppe FREIE WÄHLER vom 10.02.2017 wird zur Thematik der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der Stadt nach §2b UStG berichtet.

In einem Prozess, der sich voraussichtlich über mehrere Jahre erstrecken wird, ist in der gesamten Stadtverwaltung unter Federführung von KaSt eine Überprüfung noch nicht steuerlich erfasster Sachverhalte durchzuführen.

Nach einer ersten Einschätzung sind aber viele Bereiche, welche per Gebühren direkt auf die Bürgerinnen und Bürger umgelegt werden, bereits umsatzsteuerlich erfasst, so dass die Neuregelung meist eher mittelbare Folgen zeigen dürfte. Eine endgültige Auswertung kann aber erst nach Abschluss der Erhebungen erfolgen. Weiter wird über die geplanten Schritte zur Umsetzung und dauerhaften Betreuung der Thematik und den damit notwendigen Maßnahmen und Ressourcenbedarf berichtet.

Durch die zukünftige Erweiterung der steuerlichen Pflichten bei städtischem Handeln wird auch der Ausbau des internen steuerlichen Kontrollsystems ("Tax Compliance") notwendig werden. Hierzu wird in einer gesonderten Vorlage berichtet.

**Beschluss-/Gutachtenvorschlag:**

entfällt, da Bericht

**1. Finanzielle Auswirkungen:**

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

**Gesamtkosten**

€

**Folgekosten**

€ pro Jahr

dauerhaft  nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

**Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?**

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:**

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von  Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

**2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt** (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja  
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**3. Diversity-Relevanz:**

- Nein  
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Eine Diversity-Relevanz ist nicht gegeben. Insbesondere ist derzeit nicht erkennbar, dass diversity-relevante Sachverhalte zukünftig neu, besonders oder stärker belastet werden.

**4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:**

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

II. Herrn OBM

III. Ref. I/II/KaSt

Nürnberg, 19.06.2017  
Referat I/II

(5200)